

## **N I E D E R S C H R I F T**

### **über die 27. Sitzung des Jugendhilfeausschusses**

vom:	<b>02.07.2002</b>
von:	<b>16:00 Uhr</b>
bis:	<b>18:20 Uhr</b>
Ort:	<b>Rathaus Geisweid, Großer Sitzungssaal</b>

#### **Anwesend waren:**

##### I. Vom Jugendhilfeausschuss:

Stv Schmidt, André - als Vorsitzender -  
Stv Eberlein, Klaus-Peter  
Stv Katz, Reinhilde  
AM Klein, Marc  
AM Leonhardt, Traugott  
AM Otterbach, Christoph  
Stv Rujanski, Detlef  
Stv Sintzen, Gerlinde

##### II. Von den Wohlfahrtsverbänden:

AM Klein, Anneliese  
AM Memarian, Annemarie - für AM Löwenberg, Horst -

##### III. Von den Jugendverbänden:

AM Berger, Joachim  
AM Peter, Ute - für Stv Lauble, Wilhelm -  
AM Stephany, Torsten - für AM Westerholt, Günter ab 16.10 Uhr, TOP 5 ö. T. -

##### IV. Beratende Mitglieder:

StR Dr. Rohr, Werner  
Städt. VD Fischer, Horst  
AM Aydin, Veli - für AM Koyuncu, Ebubekir bis 18.10 Uhr, TOP 10 ö. T. -  
Stv Al-Omary, Falk  
AM Dr. Czell, Gernot

AM Dr. Feische, Bärbel - bis 18.10 Uhr, TOP 10 ö. T. -  
AM Fenster, Klaus  
Stv Groß, Michael  
AM Holdinghausen, Rolf - bis 18.05 Uhr, während TOP 9 ö. T. -  
AM Schneider, Martina - ab 16.10 Uhr, TOP 5 ö. T. -  
AM Schollmeyer, Wolfgang - für AM Gürke, Volker -  
Stv Tielsch, Ingrid Karin

V. Als Zuhörer:

AM Greven, Michael  
AM Schiltz, Ingmar

VII. Von der Verwaltung:

VA Juchems-Voets  
VA Dr. Jung  
Stadtjugendpfleger Weber  
VA Roth  
VA Dreisbach  
VA Fr. Schmidt  
StOI Schöler - als Schriftführer -

Nicht anwesend waren:

AM Max, Christian  
AM Löwenberg, Horst  
AM Westerholt, Günter  
Stv Lauble, Wilhelm

## **A.      ÖFFENTLICHE SITZUNG**

### **1.      Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift (nach Alphabet Herr Eberlein):**

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird Herr Eberlein bestimmt.

**27. JHA 02.07.2002**

### **2.      Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom**

Zur Niederschrift über die Sitzung vom 28.05.2002 ergänzt Herr Berger, dass neben den aufgeführten Ausschussmitgliedern auch er sich zu TOP 9 für befangen erklärte. Unter Berücksichtigung dieser Anmerkung wird die Niederschrift bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

Die Niederschrift über die Sitzung vom 05.06.2002 liegt noch nicht vor.

**27. JHA 02.07.2002**

**3. Fragestunde**

Es liegen keine Anfragen vor.

**27. JHA 02.07.2002**

**4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung**

Es liegen keine Anträge vor.

**27. JHA 02.07.2002**

**5. Förderung von Maßnahmen gegen Rechtsextremismus  
- Verwendungsbericht**

Vorlagenr. 1985/2002

dazu: Aktionsprogramm der Landesregierung NRW „Gegen Rechtsextremismus“; Verwendungsbericht der Stadt Siegen

Herr Schmidt teilt mit, dass in der Beratung des Ausschusses für Soziales, Familien- und Seniorenfragen die zahlreichen nachhaltigen Maßnahmen unter Einbringung beachtlicher finanzieller Eigenleistungen der Projektträger sehr gelobt wurden.

Herr Dr. Czell regt an, die Kooperation mit runden Tischen zu ähnlich gelagerten Themenbereichen zu verstärken, um einen Erfahrungsaustausch zu künftigen Entwicklungen und daraus resultierenden Handlungskonzepten zu ermöglichen.

- ◆◆◆ Der Ausschuss nimmt den Verwendungsbericht zum Aktionsprogramm der Landesregierung NRW „Gegen Rechtsextremismus“ (Anlage zur Vorlage) zur Kenntnis.

**27. JHA 02.07.2002**

**6. Offene Kinder- und Jugendarbeit  
Konzeption und Arbeit der städtischen Kinder- und Jugendhäuser**

Vorlagennr. 2044/2002

dazu: Bericht „Kinder- und Jugendarbeit in städtischen Einrichtungen“

Die Herren Dr. Rohr und Weber erläutern die Rahmenbedingungen, unter denen die Vorlage entstanden ist.

Frau Schmidt und Herr Dreisbach schildern anhand einer Bildschirmpräsentation anschaulich die Tätigkeitsfelder in Kinder- und Jugendeinrichtungen, wobei Herr Dreisbach insbesondere auf erlebnispädagogische Aspekte eingeht.

Frau Sintzen erachtet die Tatsache als bedauerlich und gleichzeitig erschreckend, dass Kinder- und Jugendeinrichtungen zunehmend als Elternhausersatz gesehen werden. Alle denkbaren gesellschaftlichen, auch über finanzielle Unterstützung hinausgehende Anstrengungen sind zu unternehmen, um die Institution Familie zu stärken und deren Akzeptanz zu erhöhen.

Nach Möglichkeit ist die Kooperation städtischer und freier Träger von Kinder- und Jugendhäusern auszudehnen.

Positiv ist die in Siegen festzustellende enge Vernetzung zwischen Familie, Kindergarten, Schule und Jugendeinrichtungen zu sehen, so Herr Rujanski. Die Vorlage zeigt seines Erachtens, dass der offenen Kinder- und Jugendarbeit wieder mehr Gewicht einzuräumen ist. Die Projekte „Dr.-Ernst-Schuppener-Haus“ und „Jugendtreff Bertramsplatz“ erfahren durch die Schilderungen eine deutliche Legitimation. Voranzutreiben ist die Standortsuche für eine Jugendeinrichtung in Weidenau.

In einer kommenden Bestandsaufnahme bittet Herr Dr. Czell, neben den städtischen auch die Einrichtungen freier Träger aufzuführen. Weiterhin sollten Handlungsbedarfe im Sinne einer adäquaten Versorgung aller Stadtteile aufgezeigt werden.

Frau Tielsch lobt, dass den sich ständig wandelnden Anforderungen an Jugendeinrichtungen in Siegen Rechnung getragen wird. In Weidenau ist Präventivarbeit unabdingbar, auch wenn hier derzeit nach einem entsprechenden Bericht der Polizei in einer der vergangenen Sitzungen des Jugendhilfeausschusses kein Brennpunkt zu sehen ist. Sie bittet, zumindest die ehrenamtlich im Jugendbereich Aktiven finanziell zu unterstützen, wenn kein Jugendtreff in Weidenau realisiert werden kann.

Herr Groß verdeutlicht, dass die beeindruckende Quantität der Besucherzahlen für die Qualität der städtischen Jugendeinrichtungen spricht. Der Bericht zeigt, dass auch künftig Ressourcen für Jugendarbeit erkämpft werden müssen. In diesem Zusammenhang möchte er wissen, ob die vom Kämmerer verfügte 10-%ige Haushalts-sperre für das laufende Haushaltsjahr auch in diesem Bereich Auswirkungen hat. Wenn dem so wäre, spricht er sich vor dem Hintergrund zahlreicher anderer Maßnahmen und Großprojekte, für die scheinbar noch Mittel aus dem städtischen Haus-

halt zur Verfügung gestellt werden können, dafür aus, den Jugendbereich von der Haushaltssperre auszusparen.

Herr Dr. Rohr führt aus, dass auch städtische Jugendfreizeiteinrichtungen von der Sperre betroffen sein werden. Abzuwägen sind Verantwortung für die städtische Gesamthaushaltssituation einerseits und die aus der Haushaltssperre resultierenden eingeschränkten Leistungen in Einzelbereichen andererseits. Mittelfristig ist die Sperre vor dem Hintergrund zu prophezeiender steigender Folgekosten zwar kontraproduktiv, doch ist ein anderer Ausweg aus dem Dilemma für den diesjährigen Haushalt nicht ersichtlich.

Herr Rujanski beantragt, den Bereich der Jugendhilfe (Zuschüsse an freie und städtische Träger) aus der Haushaltssperre auszuklammern, um dem bereits geäußerten Wunsch Rechnung zu tragen, zumindest bestehende Angebote abzusichern.

Aus jugendpolitischer Sicht ist der Antrag nach Auffassung von Frau Tielsch zu begrüßen, doch die Verantwortung für die Gesamthaushaltssituation lässt keinen anderen Schluss zu, als dass alle Bereiche einen Konsolidierungsbeitrag zu leisten haben.

Herr Schmidt schließt sich seiner Vorrednerin an und zeigt auf, dass nicht die Kommunen für die Finanzmisere verantwortlich sind. Grundsätzlich müssen auf Bundes- und Landesebene Überlegungen zur Verbesserung der prekären Situation angestellt werden.

In allen Aufgabengebieten müssen, auch zu Herrn Al-Omarys Bedauern, Einsparungen erzielt werden. Nur so können Handlungsfreiräume für kommende Jahre geschaffen werden.

---

Auf Antrag der CDU-Fraktion wird die Sitzung von 17.15 Uhr bis 17.25 Uhr unterbrochen.

---

Herr Rujanski erhält seinen Antrag aufrecht.

Frau Sintzen erklärt, mit ausdrücklichem Bedauern aus jugendpolitischer Perspektive, dass die CDU-Fraktion dem Antrag nicht zustimmen kann. Gründe hierfür sind die Verantwortung für den Gesamthaushalt und die Tatsache, dass der Bestand der Arbeit grundsätzlich nicht gefährdet ist.

### **Beschluss (auf Antrag von Herrn Rujanski):**

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen empfiehlt dem Rat der Stadt Siegen, den Bereich der Zuschüsse an die freien und öffentlichen Träger der Jugendhilfe aus der vom Kämmerer verfügbaren Haushaltssperre auszuklammern. Konkret handelt

es sich um rd. 11.000,00 € für den Bereich der freien Träger der Jugendhilfe und weitere rd. 11.000,00 € für die städtischen Einrichtungen der Jugendarbeit.

**Beratungsergebnis: 7 Stimmen dafür, 5 dagegen (CDU), 1 Enthaltung**

Anmerkung zur Niederschrift:

Nach Ermittlung des Fachbereiches 5 umfasst der SPD-Antrag folgende Haushaltsstellen:

<b>HSt.</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>HH-Soll €</b>	<b>Sperre €</b>
<b>Kommunale Träger</b>			
1.451.5200.3	Unterhaltung und Ergänzung des beweglichen Vermögens	1.100	110
1.451.6500.8	Förderung von Kindern u. Jugendlichen aus Zuwandererfamilien	11.000	1.100
1.460.5000.0	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	42.000	4.200
1.460.5200.2	Ergänzung und Unterhaltung der Einrichtungen	10.000	1.000
1.460.6501.5	Kurse, Arbeitsgemeinschaften	35.000	3.500
<b>Zwischensumme 1</b>			<b>9.910</b>
<b>Freie Träger</b>			
1.451.7171.7	Zuschuss an RaBauKi e.V.	8.950	895
1.451.7184.9	Zuschuss an Arbeitsgemeinschaften/Initiativgruppen von freien Trägern der Jugendhilfe	2.500	250
1.451.7187.3	Zuschuss an Ring politischer Jugend	1.550	155
1.451.7189.0	Kinder- und Jugendbeteiligung	1.500	150
1.455.7174.0	Zuschuss an IFPAKE e.V.	18.900	1.890
1.455.7175.8	Zuschuss an Deutschen Kinderschutzbund e.V. (Kinder- und Jugendtelefon)	5.650	565
1.455.7184.7	Förderung besonderer sozialer Maßnahmen	15.300	1.530
1.460.7180.5	Zuschuss an TOT-Heime	33.750	3.375
1.460.7181.3	Förderung von Einrichtungen im Rahmen der Jugendsozialarbeit	12.800	1.280
<b>Zwischensumme 2</b>			<b>10.090</b>
<b>gesamt</b>			<b>20.000</b>

- ◆◆◆ Der Ausschuss nimmt den Bericht „Offene Kinder- und Jugendarbeit - Konzeption und Arbeit der städtischen Kinder- und Jugendhäuser“ zur Kenntnis.

**27. JHA 02.07.2002**

**7. Landesjugendplan  
hier: Förderung von offenen Formen und Einrichtungen der Kinder- und  
Jugendarbeit**

Vorlagennr. 2022/2002

Herr Eberlein erklärt sich gemäß § 31 GO NW für befangen und nimmt an Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

**Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen beschließt, vorbehaltlich der Rechtskraft der Haushaltssatzung 2002,

- a) die Aufteilung der Mittel aus dem Landesjugendplan für die Förderung offener Formen und Einrichtungen an Träger der Kinder- und Jugendarbeit sowie
- b) die Förderung von Jugendfreizeiteinrichtungen freier Träger aus städtischen Mitteln,

wie unter Pkt. 2.2 der Vorlage dargestellt.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**8. Kindertageseinrichtungen  
Verein Hilfe zum Leben e. V. - Dr.-Ernst-Schuppener-Haus**

Vorlagennr. 2012/2002

**Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen beschließt, dem Verein Hilfe zum Leben e. V. zur Einrichtung der Kindertageseinrichtung Dr.-Ernst-Schuppener-Haus einen Zuschuss in Höhe von 58.533,00 € zu gewähren.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**9. Sachstandsbericht „Unterausschuss Hilfen zur Erziehung“**

Vorlagennr. 2047/2002

Das definierte Ziel des Unterausschusses, präventive Angebote im ambulanten Bereich auszubauen, um mittelfristig Heimunterbringungskosten einsparen zu können, wurde leider nicht erreicht, stellt Herr Rujanski bedauernd fest. Dem Beschlussvorschlag kann er sich daher nicht bedenkenlos anschließen.

Zu den Empfehlungen des Unterausschusses an den Jugendhilfeausschuss (Buchstabe B der Sachverhaltsdarstellung der Vorlage) nimmt er wie folgt Stellung:

**Zu Empfehlung Nr. 1 (Anschaffung einer Branchensoftware für den ASD):**

Die wiederholte Abgabe eines entsprechenden Votums ist entbehrlich. Er beantragt, die Verwaltung vielmehr zu beauftragen, nunmehr eine Lösung sowohl in interner als auch in externer Hinsicht spätestens bis zu den Haushaltsplanberatungen 2003 zu erarbeiten.

**Zu Empfehlung Nr. 2 (Stärkung und Ausbau der präventiven Angebote im Bereich der Hilfen zur Erziehung):**

Die Intensität der Beschäftigung mit der Problematik war bisher nicht ausreichend. Wenn der „Unterausschuss Hilfen zur Erziehung“ eingestellt wird, so ist eine Sonder-sitzung des Jugendhilfeausschusses zu terminieren. Hierin sollte die Gesamtproblematik anhand einer neuen IST-Analyse (unter Einbeziehung aktueller Faktoren, wie z. B. dem Projekt KiJuFaz) erneut thematisiert werden.

**Zu Empfehlung Nr. 3 (Altersbezogene Umwandlung von freiwerdenden Kapazitäten im Bereich der Kindertagesbetreuung):**

Die SPD-Fraktion hat sich eindeutig gegen Streichungen und nach Möglichkeit für eine bedarfsgerechte Umwandlung freiwerdender Kindergartenplätze in Tagesstättenplätze bzw. Plätze für Kinder unter 3 Jahren ausgesprochen.

Herr Groß kann dem Beschlussvorschlag ebenfalls nicht folgen. Über die bloße Kenntnisnahme des Berichtes hinaus sollte die Verwaltung beauftragt werden, Umsetzungsvorlagen zu den drei von Herrn Rujanski bereits angesprochenen Empfehlungen zu präsentieren. Er regt an, ein grundsätzliches Leitbild für künftig abzuschließende Leistungsverträge zugunsten einer einheitlichen Linie auf interfraktioneller Basis zu diskutieren.

Frau Tielsch schließt sich der vorgeschlagenen Einstellung des Unterausschusses an. Die unmittelbare Diskussion der anstehenden Problematiken im Jugendhilfeausschuss ist wünschenswert. Die von Herrn Groß geforderten Umsetzungsvorlagen zu den Empfehlungen sollten in Auftrag gegeben werden.

Eine Umsetzungsvorlage zur Empfehlung Nr. 3 ist entbehrlich, da sich die Angelegenheit aufgrund gültiger Beschlüsse im laufenden Verfahren befindet, so Herr Schmidt.

Die unterstützende Finanzierung von Projekten wie z. B. dem KiJuFaz ist der richtige Weg, um mittelfristig Heimunterbringungskosten zu senken, so Frau Sintzen.

**Beschluss (in Abänderung):**

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen nimmt den Sachstandsbericht „Unterausschuss Hilfen zur Erziehung“ ~~und die Empfehlungen~~ zur Kenntnis und beschließt die Einstellung des Unterausschusses, da die Hilfen zur Erziehung ein zentrales Thema für den Jugendhilfeausschuss darstellen und eine regelmäßige Beratung in diesem Gremium einen besseren Informationsfluss gewährleistet.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

---

**Beschluss (in Ergänzung):**

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen beauftragt die Verwaltung, Vorlagen zu den im Sachverhalt der Bezugsvorlage 2047/2002 unter Ziffer B) genannten Empfehlungen mit den Ziffern 1 (Anschaffung einer Branchensoftware für den ASD) und 2 (Stärkung und Ausbau der präventiven Angebote im Bereich der Hilfen zur Erziehung) zu erarbeiten.

Zur Empfehlung Nr. 1 ist ein Lösungs- / Beschlussvorschlag sowohl in interner als auch in externer Hinsicht spätestens bis zu den Haushaltsplanberatungen 2003 zu unterbreiten.

Zur Empfehlung Nr. 2 ist eine Vorlage inklusive einer neuen IST-Analyse für eine noch zu terminierende Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses zu präsentieren. Der Verwaltung ist freigestellt, einen Beschlussvorschlag zu formulieren oder darauf zu verzichten.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen****27. JHA 02.07.2002****10. Bericht über den Haushaltsvollzug per 30.04.2002 im Fachbereich 5  
- Soziales, Familien, Jugend, Wohnen -**

Vorlagenr. 2016/2002

◆◆◆ Der Ausschuss nimmt Kenntnis.